

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 260.

Neuenbürg, Mittwoch, den 9. November 1921.

79. Jahrgang.

Deutschland.

München, 8. Nov. Der Finanzanschluß des bayerischen Landtags beschäftigte sich mit der Angleichung der Beamtengehälter in Bayern an die neuen Maße im Reich. Eine Anweisung wird wahrscheinlich das Ergebnis der Verhandlungen in die morgen fortgesetzt werden. Bemerkenswert ist, daß der Finanzminister erklärte, daß das Reich den Ländern und Gemeinden die ungeheuren Ausgaben in irgend einer Form zu unterstützen müßte. Angewiesen wird in Bayern den Beamten ein Betrag in Höhe des Monatsgehaltes für Dezember ausbezahlt werden für die Winterbedeckung.

Die soziale Not unserer studierenden Jugend.
Die romantische „Leibschüler“ Studentenbewegung hat sich überlebt. Die Kriegsjahre haben wohl in keinem anderen Beruf so rücksichtslos und hart eingegriffen, wie in den unglücklichen Jugend. Man kann sich keinen größeren sozialen Unterschied denken zwischen dem Studenten von früher, der pünktlich am „Ersten“ von seinem „alten Herrn“ den Monatswechsel erhielt und der sich neben dem Studium den kleinen Freunden und Genossen des Lebens sorglos hingeben konnte, und dem heutigen „wertlosen Studenten“, der sich durch mühsame körperliche und geistige Arbeit die Vorbedingungen zum Studium erschaffen muß. Die übergroße Not zwingt den Studenten das Leben von einer Seite, die ihm in seiner früheren akademischen Lebensführung so gut wie verborgen geblieben ist. Heute ist der Durchschnittsstudent gezwungen, sogar zur Selbsthilfe zu greifen und die zu seinem Studium erforderlichen Mittel durch Arbeit größtenteils selbst zu erwerben. Wenn man beachtet, daß beispielsweise von den 12000 Studierenden an der Berliner Universität im vergangenen Sommer 60 nicht einmal ein Tag über sich hatten, daß diese 60 in Wartefällen, auf den Straßen des Tiergartens und sonstwo die Nacht zubringen mußten, so kommt darin die wirtschaftliche Notlage der Studenten in ihrer ganzen Tragweite zum traurigen Ausdruck. Nach Mitteilungen der Arbeitsvermittlung der Studentenschaft an der Berliner Universität sind von diesen 12000 Studenten 8000 erkrankt, sich nach anderweitiger Arbeit umzusehen. Von diesen 8000 Studenten betreiben 5000 ihre Arbeit im Hauptberuf und 3000 im Nebenberuf, während die restlichen 4000 sich zum guten Teil aus solchen rekrutieren, die keine Arbeit bekommen können. Die im Hauptberuf tätigen Studenten haben mit ihrem Arbeitgeber einen festen Vertrag mit abschließender Arbeitszeit abgeschlossen. Da treffen wir die jungen Leute meist teils in Stellungen in Büros, als Bedienstete in den Banken, als Arbeiter und Handwerker, als Fabrikarbeiter (rund 2000 Arbeiter Studenten waren in den vergangenen Sommerferien als Landarbeiter in der Mark Brandenburg, in Pommern, Mecklenburg und Hannover beschäftigt). Von den 5000 im Nebenberuf tätigen Studenten sucht ungefähr der vierte Teil durch Wohlstand seinen Vorkauf (als Korrespondent für fremde Brände, als Stenograph und Schreibarbeiter in Büros). Es werden hier Stundenlöhne von 7 bis 10 M. bezahlt. Der Volkswirtschaftler findet vielfach Arbeit als Redakteur, Journalist, der Germanist als Bibliothekar, der Mediziner als Zahnarzt, der Jurist als Richter usw. Und trotz dieser Vielfältigkeit des Erwerbsebens ist das Angebot der Studenten immer größer als die Nachfrage der Arbeitgeber, ein Spiegelbild des sozialen Elends unserer Studenten.

Eine fürnische Tagung.

Der Landesevangelische Bund des Bundes deutscher Feld- und Waldarbeiter hielt in München seine Tagung ab, die einen außerordentlich fürnischen Verlauf nahm. Gleich bei der Eröffnung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Bundesvorsitzenden wegen des Wortlauts eines Telegramms, das an den Reichsverband der Feld- und Waldarbeiter gehen sollte. Es wurden von verschiedenen Orts- und Kreisvereinen und auch von Vereinsmitgliedern verlangt, sich von einem Irrsinnigen, scharf unterrichteten und distanzierten Berlin lösen zu lassen und einen eigenen bayerischen Bund zu gründen. Bei der Aussprache über diesen Antrag kam es zu persönlichen Vorwürfen, jedoch schließlich der Bundesvorsitzende, Reichsleiter Seewitz (Berlin), unter Protest den Saal verließ. Die Vorstandsmitglieder des Landesverbandes legten darauf die Hände nieder. Eine Abstimmung wurde nicht mehr vorgenommen.

Lohnabbau auf den französischen Saargruben.

Saarbrücken, 7. Nov. Wie bereits gemeldet, hat die französische Grubenverwaltung der Saargruben den im März d. J. abgeschlossenen Lohnvertrag zum 15. Nov. d. J. gekündigt. Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen Grubendirektion und Gewerkschaftsvertretern legte die Verwaltung einen Tarif vor, nach dem 4 Französisch vom letzten Lohn beziehungsweise von der Lohnzulage abgebaut werden sollen. Zur Begründung wurde angeführt, der Saarbergbau könne wegen seiner hohen Lohnverhältnisse auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sein. Die Lohnverhältnisse seien auf 700 000 Tonnen angewachsen und hätten im letzten Monat trotz fünf Freierlöschungen um 70 000 Tonnen erhöht. Künftige Verträge mit französischen Unternehmungen laufen jetzt ab und könnten nur neu abgeschlossen werden, wenn die Lohnverhältnisse wesentlich ermäßigt würden. Die Vertreter der Arbeiterchaft wiesen darauf hin, daß die unbilligste Lebenshaltung im Saargebiet durch den Lohnabbau sehr verteuert worden sei, sie drückten ihr Entsetzen darüber aus, daß es schon jetzt nicht mehr möglich sei, Kohlen aus dem Westen abzugeben. Die Arbeitervertreter brachten schließlich noch folgende Forderungen über die Festsetzung des Lohnabbaus vor: Die Arbeiterchaft könne unter keinen Umständen einem Lohnabbau zustimmen und empfehle der Verwaltung, innerhalb des Verwaltungsapparates mit dem Lohnabbau zu verhandeln. Da im Laufe der Verhandlungen keine Einigung erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen auf den 12. November vertagt.

Zusammensetzung und Arbeit der Reparationskommission.

Berlin, 8. Nov. Zur bevorstehenden Ankunft der Reparationskommission erließ die Telegraphen-Union: Dem mit einem umfangreichen Besatz ausgerüsteten Stab gehören u. a. an: als führender Vertreter Englands Deutscher, als Vertreter Belgiens De la Croix, der frühere Ministerpräsident von Bismarck, als Vertreter Frankreichs Dubois, sowie je ein Vertreter der Vereinigten Staaten und Italiens. Aber die voraussichtliche Tätigkeit der Kommission erfährt die Telegraphen-Union ferner, daß neben dem eigenen Wunsch der Kommission, sich über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ein klares Bild zu machen, die Absicht besteht, gegebenenfalls eine durchgreifende Änderung in allen bisherigen Zahlungsmodalitäten zu erörtern. Die Kommission wird diese Verhandlungen nicht auf die deutschen amtlichen Stellen beschränken, sondern auch führende deutsche Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens befragen. Hierbei spielt naturgemäß das Problem der deutschen Baluta, bezw. die Stabilisierung der Mark eine ausschlaggebende Rolle. Wie verlautet, liegen in dieser Hinsicht bereits bestimmte Pläne vor. Es liegt auf der Hand, daß die rasche Markentwertung der letzten Wochen auch in den ehemals feindlichen Ländern nicht ohne Beunruhigung betrachtet wird.

Anzeigen und Luxus.

Obwohl in den Tageszeitungen schon öfter auf die Ungeheuerlichkeiten hingewiesen worden ist, die hauptsächlich darin liegen, daß man die Besteuerung der Zeitungsanzeigen gleichmäßig mit der Besteuerung von Luxuswaren, sieht auch die dem Reichstag zugegangene Neuordnung des Umsatzsteuergesetzes keine Änderungen in dieser Hinsicht vor. Man will also auch fernerhin die Anzeigen einer wesentlich höheren Besteuerung unterwerfen, als sie für die allgemeine Umsatzsteuer vorgegeben ist. Dies will man tun, obwohl aus allen Kreisen der Zeitungsbranche, sowohl der kleinen als auch der mittleren und größten Betriebe, gegen diese Ausnahmestellung in dem Gesetz aus schärfster Einsicht erhoben worden ist. Man misst auch die aus der Geschäftswelt heraus geäußerten Klagen, daß ihr durch die Sonderbesteuerung der Anzeigen, die zum Geschäftsbetrieb nötige Anpreisungsmöglichkeit unnötig verneuert, manchmal sogar unmöglich gemacht wird, obwohl man weiß, daß die Anzeigen heute für den Geschäftsmann zum täglichen Brot gehört, und daß durch eine Sonderbesteuerung der Anzeigen die gesamte Kalkulation in die Höhe gedrückt wird. Die Duldung der Regierung ist also um so unverständlicher, als die Sonderbesteuerung der Zeitungsanzeigen, wie jedem wirtschaftlich denkenden Menschen ohne weiteres einleuchtet, eine schwerwiegende Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens bedeutet. Denn mit der Zeitungsanzeige wird erst das gesamte Gewerbe in Schwung gebracht und so immer größerer Leistungsfähigkeit geführt, woraus dem Staat eine unerwartete Steuerquelle erwächst. Welcher Widerstand, wenn man bedenken will, mit einer schweren Sondersteuer befreit, der dem Staat Einkünfte verschafft! Die Duldung der Regierung ist auch deshalb unverständlich, weil die Regierung genau weiß, daß sich das Zeitungsgewerbe seit langer Zeit in einer schweren Krise befindet, weil die Einnahmen der Tagespresse bei weitem nicht in gleichem Maße wie die Herstellungskosten der Zeitung gewachsen sind. Die Presse war aus allgemein bekannten Gründen gar nicht in der Lage, ihre Einnahmen aus Anzeigen und Abonnements in dem gleichen Maße zu erhöhen, wie Industrie und Handel aus dem Verkauf ihrer Produkte, weil der Presse dadurch sofort der Absatz geschmälert wurde. So kam die Presse niemals in die Lage, die ihr aufgeworfene hohe Steuer gleich an dem Gewerbetreibenden völlig auf die Austragsgeber abwälzen zu können. Der Regierung ist die Notlage der Presse nicht minder bekannt wie die Gründe, die aus einer Abschaffung der Presse hervorgehen könnten, einer Korruption, die sich aus dem Bestreben erheben müßte, eine der hohen Sonderbelastung entsprechende Nebenindustrie aufzubauen. Unternehmungen, die auf schwachen Füßen stehen, können leicht in solche Verwicklungen geraten, wie sie z. B. mit der Bezahlung redaktioneller Artikel und Abständen gegeben sind. Aus dieser Korruption müßte ohne Zweifel eine große nationale Gefahr für unser gesamtes öffentliches Leben erwachsen. Wer diese Gefahren verstanden will, der muß sich endlich einmal überlegen, daß Zeitungsanzeigen im Zeitalter der modernen Wirtschaft nicht als Luxus behandelt werden können. Zur Begründung dieser Tatsache sollte es eigentlich überflüssig sein, weitere Worte zu verlieren, aber man möchte immerhin daran erinnern, daß mit den Gesamtmaßnahmen aus der Anzeigensteuer dem Staat nicht einmal ein erheblicher Nutzen erwachsen ist. Und zwar deshalb, weil der Staat in Anerkennung der Notlage der Presse in den letzten Jahren gezwungen war, zur Verbilligung des Holzes und des Zeitungspapiers Millionen Mark auszugeben, die den Meinertrag aus der Anzeigensteuer auf ein Mindestmaß herabgedrückt haben. Es ist heute immer noch ein unersättlicher Widerstand, der die deutsche Steuererhebung regiert! Wann wird er vernunftgemäßes Ende finden? Wann wird er vernunftgemäßes Ende finden? Wann wird er vernunftgemäßes Ende finden?

Wieder ein französischer Vertragsbruch entdeckt?

Berlin, 8. Nov. In einem französischen Strafpatrouillon in Syrien befinden sich noch 600 deutsche Kriegsgefangene. Zwanzig von ihnen sind nach ungeheuren Strapazen kürzlich in Moskau eingetroffen. Sie berichten, daß sie und die anderen in den Jahren 1917 bis 1918 an der Westfront gefangen genommen und wegen geringer Verhöre in ein Strafpatrouillon eingereicht worden sind, das trotz Waffenstillstand und Friedensvertrag 1920 nach Syrien abtransportiert worden sei.

Wo bleibt die Sparpolitik?

Die nachfolgenden Zahlen und Angaben der Deutschen Bergwerks-Zeitung bieten einen Anhalt dafür, wo Ersparnisse nicht insoweit zu machen sind. Das Bureau des Reichspräsidenten hat sich aus kleinen

Anfängen so entwickelt, daß es heute über 33 Beamte verfügt. Mit 56 Kräften arbeitet die Reichsanleihe. Im Auswärtigen Amt schwoll der Beamtensatz von 600 Köpfen allmählich auf 1872 an. Die Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung beschäftigt einschl. der „Zentrale für den Heimatdienst“ 415 Beamte. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene hat in der Königsplatzstraße ein großes vierstöckiges Wohnhaus belegt. Das Reichsministerium des Innern beansprucht in seinen vier Abteilungen 561 Beamte. In den ihm nachgeordneten 32 Ämtern beläuft sich die Zahl der beschäftigten Kräfte auf über 6000 Personen; von ihnen ist u. a. das Reichswanderungsamt zu erwähnen, welches 167 Beamte und 56 Sachverständige unterhält. Das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegsgefangene erfordert mit 1312 Beamten einen Etat von 21 100 000 M. Das Reichswirtschaftsministerium zählt 781 Beamte; nachgeordnet sind ihm 25 Behörden mit einem vielköpfigen Beamtensatz, darunter das Reichsfinanzministerium für Ein- und Ausfuhrbewilligungen mit 625 Beamten und das Reichsrohstoffkommissionariat mit 1269 Beamten. Das Reichsarbeitsministerium mit 936 Beamten weist unter seinen 16 nachgeordneten Behörden u. a. das Reichsversicherungsamt für Angestellte, das nur die Privatangestelltenversicherung bearbeitet, mit 3428 Beamten auf. Das Reichsfinanzministerium verschwindet mit seinem gewiß auch recht bedeutenden Beamtensatz vollkommen gegen die Reichsfinanzverwaltung mit ihren 65 000 Angestellten. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat 485 Beamte. Die von ihm erstellende Reichsgetreidekasse zählt 283 Beamte, die Reichsartstoffstelle 121 Beamte, die Speiseeierverwaltung 65 Beamte und die Reichsfleischstelle 56 Beamte. Das Reichsausgleichsamt beschäftigt 2462 Beamte, das Wiedererbauministerium 774 Beamte. Für den Verschleiß an Ministern, die in ihrem Ruhestande natürlich erhebliche Pensionen beziehen, ist bezeichnend, daß im Reichstag nicht weniger als 45 aktive oder frühere Minister sitzen; von den 14 zur Sozialdemokratie sich bekennenden Ministern sind sieben ehemalige Ministerpräsidenten.

Im Bereich des Reichsverkehrsministeriums erfordert der Kraftverkehr allein ein Heer von 240 000 Arbeitkräften mit einem Kostenaufwand von 3 1/2 Milliarden Mark. Im Privatdienst mußten 3584 Kräfte wegen der jetzt achtstündigen Lohnzahlung mehr eingestellt werden. Die Bekämpfung der Waldschädlinge und ihr Ersatz beschäftigte 12 000 Beamte. Bei der Reichswehr erhöhte sich auch infolge des Kabinetstages, der Beamtensatz um 45 000 Köpfe gegen die Zeit vor dem Kriege. Diese kleine Bilanzleiste kann beliebig fortgesetzt werden. Sie zeigt, daß die Regierung auf daran täte, mit ihren Ermahnungen zur Sparsamkeit in allererster Linie bei sich selbst zu beginnen, und daß sie darüber hinaus die Pflicht hat, in ihrem Betriebe gründliche Reformen vorzunehmen, bevor sie die steuerzahlende Bevölkerung zur Sparsamkeit ermahnt.

Der Polenfreund Le Rond.

General Le Rond und seine Gattin gerieten bei einem Ausflug von Szolopane in die Tatra in einen Schneesturm. Bei der Gelegenheit wurde ihnen in Szolopane ein Festessen veranstaltet, auf dem sich Herr Le Rond auch rednerisch betätigte. Er erklärte, er arbeitete für drei Jahren mit Vegetarierern für die polnische Sache und er sei stolz, daß er einen Freund Polens nennen könnte. Und dieser Mann war Vorkämpfer der Interalliierten Kommission, die angeblich für den Ausgleich der nationalen Gegensätze in Oberschlesien arbeiten sollte.

Ausland.

Gudgaitige Abhandlung der Gabsburger gefordert.

Budapest, 7. Nov. Wie in politischen Kreisen verlautet, wird die Demission der Regierung, die bekanntlich nach Votierung der Entthronungsvorlage geplant war, aus verschiedenen außerpolitischen Gründen einen Aufschub erfahren. Samstagabend erschienen im Auftrag des Reichs Volkskammer die hiesigen Vertreter der Großmächte beim Minister des Äußeren, Grafen Vansky, und gaben namens ihrer Regierungen dem Botschafter Andrus, daß die ungarische Regierung Verfügungen treffen, daß für die Zukunft kein Gabsburger — auch nicht durch freie Königswahl — auf den ungarischen Thron gelangen könne. Minister des Äußeren Graf Vansky gab zu bedenken, daß es im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei, diese Forderung in das Gesetz auszumachen, da die Nationalversammlung bereits in zweiter Lesung votiert habe. Die Regierung sei jedoch befreit, diese Frage in anderer Form zu lösen. Mit Rücksicht auf den Zustand und auf die Tatsache, daß über die tschecho-slowakische und die jugoslawische Demobilisierung noch keine amtlichen Meldungen vorliegen, werde die Demission auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Zur Kriegsschuldfrage. Deutschland hat den Krieg nicht nötig.

Der belgische Gesandte Baron Bergens schreibt am 12. Juni 1914: „Deutschland braucht sich nur zu gedulden, braucht nur in Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht dauernd weiter zu heigern, braucht nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerstand und ohne Kampf in ganz Mitteleuropa zu herrschen.“

Amerikanische Voraussetzung für die Abrüstung.

London, 8. Nov. Der Vertreter der United Press in Washington erzählt, man sei in amerikanischen Kreisen der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung des Friedens davon abhängt, daß im fernem Osten die Politik der offenen Tür beibehalten wird. Amerika werde sogar auf eine Verstärkung dieses Prinzips hinzuwirken versuchen. Der Korrespondent meldet ferner, daß die Regierung der Vereinigten Staaten erst dann in das Problem der Abrüstung eintreten werde, wenn das Problem des fernem Ostens geregelt sein wird.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 9. Nov. Aus Rentlingen trifft die Trauermeldung ein, daß Regierungspräsident a. D. Friedrich v. Hofmann im Alter von 70 Jahren gestorben ist. Im April d. J.

...schen Behörden vermuten bei ...
... Sekretär v. Daniel hat aus ...
... Ministerpräsidenten ...
... einen Besuch abgibt ...
... Präsidenten und der ...
... Botschafter in Tokio, Dr. ...
... Beleid auszusprechen.
... ant sein Namen nicht ...
... des Mannes, wesentlich ...
... Umstände, daß es ...
... sicher ist als beim ...
... eine Karte und ...
... vom Reis und der ...
... der größte Feind der ...
... erprobte milde, ...
... ed-Beise, die beste ...
... ar heilend auf alle ...
... ummetweiche ...
... ra. Mit ihrer Hilfe ...
... d Fett, die die ...
... der Haut ...

Her-Sinnung
...ts Neuenbürg.
... Mehl-Preise
... Gramm 1 M.
... Gramm —.60 M.
... Mehl 5.50 M.
... Im Auftrag:
... Der Obermeister.

Winter Schuhware
... und noch zu alten
... Vorrat reicht, bei
...ammel, Dobel.

Freier, Arbeiter
...les, Pforzheim,
...milianstr. 20.

Äferhund
... ist zu verkaufen.
... stelle des „Enztäler“.

Graben, Sackmehl
...ele, Feldrennach.
... verkaufen wir
...wei mittlere
...eits-Pferde.

Posthotel und Brauerei
...auchen
... Couverts, Prospekte,
...karten, Zehnstagelosen,
...umme, Disit-, Verlobungs-
...uerbriefe, Trauerkarten,
...en, Mittelungen. ...
... preiswert bedient in der
...el in allen Arten von
...achen!

